

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 15/2723 –**

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 9. September 2002 über die Vorrechte und Immunitäten des Internationalen Strafgerichtshofs

A. Problem

Artikel 48 Abs. 2 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) verpflichtet die Vertragsstaaten, den Richtern, dem Ankläger, seinen Stellvertretern sowie dem Kanzler des Gerichtshofs dieselben Vorrechte und Immunitäten einzuräumen, wie sie die Leiter diplomatischer Missionen genießen. Dies geschieht über das Übereinkommen über Vorrechte und Immunitäten des Internationalen Strafgerichtshofs, das zudem weiteren betroffenen Personengruppen (Mitarbeiter des IStGH, Anwälte, Sachverständige, Opfer und Zeugen) die Vorrechte und Immunitäten einräumt, derer sie bedürfen, um als Verfahrensbeteiligte vor dem IStGH ihre Rechte und Pflichten ungehindert wahrnehmen können.

Die Umsetzung des Übereinkommens in nationales Recht erfordert ein Vertragsgesetz.

B. Lösung

Einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf auf Drucksache 15/2723 unverändert anzunehmen.

Berlin, den 26. Mai 2004

Der Auswärtige Ausschuss

Volker Rühle
Vorsitzender

Dr. Christoph Zöpel
Berichterstatter

Dr. Wolfgang Bötsch
Berichterstatter

Dr. Ludger Volmer
Berichterstatter

Harald Leibrecht
Berichterstatter

**Bericht der Abgeordneten Dr. Christoph Zöpel, Dr. Wolfgang Bötsch,
Dr. Ludger Volmer und Harald Leibrecht****I.**

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Gesetzentwurf auf Drucksache 15/2723 in seiner 105. Sitzung am 29. April 2004 an den Auswärtigen Ausschuss federführend sowie an den Innenausschuss, an den Rechtsausschuss und an den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der **Innenausschuss** hat den Gesetzentwurf in seiner 38. Sitzung am 26. Mai 2004 beraten und empfiehlt einstimmig die Annahme.

Das Votum des **Rechtsausschusses** hat nicht vorgelegen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe** hat den Gesetzentwurf in seiner 40. Sitzung am 26. Mai 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei drei Stimmenthaltungen aus der Fraktion der CDU/CSU die Annahme.

III.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Gesetzentwurf in seiner 40. Sitzung am 26. Mai 2004 beraten und empfiehlt einstimmig die Annahme.

Berlin, den 26. Mai 2004

Dr. Christoph Zöpel
Berichtersteller

Dr. Wolfgang Bötsch
Berichtersteller

Dr. Ludger Volmer
Berichtersteller

Harald Leibrecht
Berichtersteller

